

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Leipzig (dort beschlossen am: 31.08.2024)

**Titel:** Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik

## Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD  
2 Sachsen weiterleiten:

3 In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als  
4 grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen  
5 der Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen  
6 Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen  
7 Großstädten, insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

8 Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter\*innenquote in Europa, verzeichnete in  
9 den letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei  
10 Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte  
11 sind geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig  
12 lange nach bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an  
13 Wohnungen, das die Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die  
14 Mieten steigen scheinbar unaufhaltsam weiter.

15 In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu  
16 sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken.  
17 Auch das beobachten wir in Städten in Sachsen. Um eine ähnliche Entwicklung hier  
18 zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten Wohnungspolitik  
19 abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht auf Wohnen in den  
20 Mittelpunkt stellt.

21 Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien  
22 (Zeit von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit

regierte) zeigt, dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch 100 Jahre später noch effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale Wohnungsverwaltung „Wiener Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gewährleistet werden kann. Infolge dieser Politik zählt Wien zu den lebenswertesten Städten der Welt.

Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin scheiterte der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ nicht an den Jusos, aber auch an der SPD. Wir sind deshalb umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren Großstädten aufzuhalten.

Forderungen:

1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner\*innen:

? Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner\*innen verpflichten, eine kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten. Diese Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger\*innen Zugang zu kostengünstigem Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen.

2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner\*innen bis 2035 in kommunale Hand:

? Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens die Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner\*innen in kommunales Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die Rückabwicklung von Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden oder spekulativ gehaltenen Immobilien erfolgen.

3. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards:

? Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen Standards unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die Energieeffizienz als auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen. Die kommunalen Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

55 4. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

56 ? Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und  
57 ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür sollen  
58 u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen bereitgestellt  
59 werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des gesamten  
60 Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig verwaltet  
61 werden.

62 5. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

63 ? Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt,  
64 städtische Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin zurückzuführen.  
65 Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die betreffenden Grundstücke in  
66 kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und überhöhte Bodenpreise zu  
67 verhindern. Vorbilder wie die strategische Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen  
68 dabei als Leitfaden dienen.

69 Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial  
70 gerechten Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert  
71 werden. Die Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von  
72 Wohnraum in öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und  
73 genossenschaftlicher Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen  
74 Entwicklungen in Sachsens Städten entgegenzuwirken. Wir Jusos Sachsen fordern  
75 daher eine Landespolitik, die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern  
76 aktiv gestaltet und den Wohnraum als gemeinschaftliches Gut versteht.